

Antrag

der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Wilhelm Dietzel, Herbert Frankenhauser, Wilma Glücklich, Kurt-Dieter Grill, Dr. Renate Hellwig, Dr. Harald Kahl, Steffen Kampeter, Vera Lengsfeld, Dr. Peter Paziorek, Christa Reichard (Dresden), Roland Richwien, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Birgit Homburger, Günther Bredehorn, Dr. Rainer Ortleb und der Fraktion der F.D.P.

Keine neuen bürokratischen Verfahren auf EU-Ebene

Der Bundestag wolle beschließen:

Die EU-Kommission plant eine Gemeinschaftsstrategie zur integrierten Kontrolle der Emissionen von gefährlichen Stoffen und Stoffen mit weiträumigen Auswirkungen aus kleineren Anlagen. Dabei will die Kommission den Schwerpunkt auf verfahrensrechtliche Regelungen legen.

Der Deutsche Bundestag hält die Notwendigkeit einer derartigen neuen EU-Regelung für noch nicht geklärt. Maßnahmen, die dem Subsidiaritätsprinzip widersprechen, sollten verhindert werden. Die beabsichtigte Schwerpunktsetzung auf verfahrensrechtliche Regelungen wird abgelehnt. Neue EU-bürokratische Verfahren widersprechen dem Ziel der Bundesregierung nach Deregulierung. Die Harmonisierung umweltrechtlicher Anforderungen und der gemeinschaftliche Schutz der Umwelt auf hohem Niveau sind statt dessen am besten durch einheitliche materielle Anforderungen erreichbar. Einheitliche materielle Anforderungen sind auch im Zusammenhang mit der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen von Bedeutung.

Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung, im Umwelt-

- die Notwendigkeit einer Regelung für kleinere Unternehmen zur Diskussion zu stellen,
- das Festlegen verfahrensrechtlicher Regelungen auf EU-Ebene abzulehnen und
- sich dafür einzusetzen, daß statt dessen materielle Anforderungen festgelegt werden, um ein hohes gemeinschaftliches Umweltschutzniveau zu erreichen.

Wie die Mitgliedstaaten diese Anforderungen durchsetzen, also wie die Verfahren ausgestaltet werden, sollte auch aufgrund des Subsidiaritätsprinzips Sache der Mitgliedstaaten sein.

Bonn, den 25. Februar 1997

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Wilhelm Dietzel

Herbert Frankenhauser

Wilma Glücklich

Kurt-Dieter Grill

Dr. Renate Hellwig

Dr. Harald Kahl

Steffen Kampeter

Vera Lengsfeld

Dr. Peter Paziorek

Christa Reichard (Dresden)

Roland Richwien

Hans Peter Schmitz (Baesweiler)

Max Straubinger

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Birgit Homburger

Günther Bredehorn

Dr. Rainer Ortleb

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion